

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Zur Regierung in Berlin: „Kein Arbeitsplatz darf mehr vernichtet werden“

EIN BRUTALER „Sanierungsplan“, das ist das Diktat von US-Präsident Obama gegenüber dem GM/Opel-Konzern. Die Unternehmen der Autoindustrie müssen „schlank, hart und konkurrenzfähig“ werden (Obama), d.h. durch härteste Eingriffe sollen die Bedingungen für ein profitorientiertes Unternehmen wieder hergestellt werden.

Für die Regierung der Großen Koalition in Deutschland gilt das Diktat Obamas. Die Leitlinie des Wirtschaftsministers zu Guttenberg (CSU) heißt: der Einstieg eines privaten Investors, dessen Renditeerwartungen erfüllt werden, ist das „Schlüsselkriterium“ für etwaige Staatshilfen.

Merkel und zu Guttenberg sind deshalb auch schonungslos klar: Voraussetzung für jegliche staatliche Hilfe ist der massive Abbau von Arbeitsplätzen, wenn nötig Werksschließungen, Lohnkürzungen. Und mit dieser erpresserischen Drohung wollen sie gleichzeitig den Gewerkschaften und den Beschäftigten entsprechende „Zugestände“ abzwängen.

Die IG Metall warnt die Industrie davor, angesichts der Krise immer mehr auf Entlassungen umzuschalten – trotz der gleichzeitigen Kurzarbeit von 800.000 Beschäftigten: „Wenn dieser Damm jetzt brechen würde, wäre das ein verheerendes Signal für unsere Gesellschaft“, so Detlef Wetzell, stellv. Vorsitzender der IG Metall.

Die Welle der Arbeitsplatzvernichtung rollt auf Deutschland zu:

„Der Weltmarktführer Heidelberger Druckmaschinen verdoppelt sein Sparprogramm und streicht 5.000 der noch knapp 20.000 Stellen. ‘Das wird ohne betriebsbedingte Kündigungen nicht gehen’, prognostiziert Heideldruck-Chef Bernhard Schreier. (...) Auch Konkurrent Koenig & Bauer zieht die Notbremse: Die Zahl der Mitarbeiter soll um weitere 800 auf 7.000 sinken (...). Ebenfalls gestern teilte der

Autozulieferer Mahle mit, dass er sein Werk in Alzenau mit rund 400 Mitarbeitern dichtmachen wird. Die sich dramatisch verschärfende Wirtschaftskrise fordert ihren Tribut: Immer mehr Unternehmen müssen Stellen abbauen, weil die bisher praktizierte Kurzarbeit nicht mehr ausreicht. ‘Wenn sich die Nachfrage in nächster Zeit nicht belebt, besteht die Gefahr, dass es auf breiter Front zu einem Arbeitsplatzabbau kommt’, warnt ein Unternehmensberater. ‘Dies wird nicht nur den Autobereich und seine Zulieferer treffen, sondern auch die Stahlindustrie, die Metallverarbeitung und auch den Maschinen- und Anlagenbau.’ Auch in der Chemieindustrie fallen die ersten Stellen der Krise zum Opfer“. (zit. nach »Tagespiegel«, 27. 3. 09)

Es muss alles getan werden, um die Entlassungswelle zu stoppen!

„Die Arbeitnehmer werden sich das so nicht gefallen lassen“, kündigt Wetzell Widerstand an. In wie vielen Betrieben finden Protestversammlungen der Belegschaften gegen drohenden Stellenabbau statt, wie viele Streikversammlungen und Demonstrationen gibt es im Kampf um die Arbeitsplätze!

„Opel muss bleiben!“ fordert die AfA-Bezirks- und Arbeitnehmerkonferenz von Hessen-Süd unter Beteiligung von Betriebsräten und GewerkschafterInnen von Opel und aus Industriebetrieben der betroffenen Rhein-Main-Region: „Wir fordern unsere Partei, alle Mandatsträger der SPD, auf, die Entscheidungen zu treffen, dass der Staat sofort die Verantwortung für die Rettung der Arbeitsplätze übernimmt:

Staatliche Beteiligung bei Opel – für

den Schutz der Arbeitsplätze – auch im Sinne der Kolleginnen und Kollegen der Zuliefer- und Händlerbetriebe.“

Die GenossInnen der AfA stützen ihre Forderungen auf den Kampf des Betriebsrates und der IG Metall und auf die Forderung von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) nach Staatsbeteiligung, um die Arbeitsplätze zu retten.

Ist es nicht notwendig, gegen die CDU, gegen Merkel und Guttenberg, die – zur Verteidigung der Rendite der Investoren – auf Arbeitsplatzabbau setzen und jede staatliche Beteiligung ablehnen, alle Opel-Beschäftigten aller Opel-Werke und alle Beschäftigten der Zuliefererbetriebe zu mobilisieren für einen Marsch nach Berlin: Für den Erhalt aller Arbeitsplätze und Standorte!

Und das betrifft alle Beschäftigten, die von Entlassungen bedroht sind, die halbe Million, die seit Anfang des Jahres in die Arbeitslosigkeit geworfen wurden.

„Ein Entlassungsverbot, das den Marsch in die schwerste soziale Krise stoppt! Soll das unmöglich sein?“,

fragen die Gewerkschaftskolleginnen, **die in einem bundesweit unterstützten Offenen Brief an die Vorstände der DGB-Gewerkschaften fordern, dass diese zu einer zentralen Demonstration in Berlin mobilisieren,**

„um von der Regierung zu fordern:

Verbot von Entlassung, Kündigung und Arbeitsplatzvernichtung in der privaten Wirtschaft wie im Öffentlichen Dienst – angefangen bei allen Unternehmen, die staatliche Hilfe erhalten!“

Wird damit nicht die Kraft geschaffen, die den „Weg in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abgrund“ (IG Metall) stoppen kann?! - CARLA BOULBOULLÉ

Die Initiatoren des Offenen Briefes an den DGB laden ein zu einer Bundesweiten Konferenz am 18./19. April 2009 in Berlin